

Schleswig-Holsteinischer Landtag
Umdruck 17/2159

Der
Ministerpräsident
des Landes
Schleswig-Holstein



Der Ministerpräsident des Landes Schleswig-Holstein
Postfach 71 22 | 24171 Kiel

Vorsitzender des Europaausschusses im
Schleswig-Holsteinischen Landtag
Herrn Bernd Voß
- Landeshaus -
Düsternbrooker Weg 70

Staatssekretär für Europa
und Bundesangelegenheiten

24105 Kiel

25. März 2011

Sehr geehrter Herr Vorsitzender,

anbei übersende ich Ihnen den schriftlichen Bericht der Staatskanzlei zum Antrag der SSW-Fraktion „Zukünftige Neugliederung der Förderkulisse für Interreg V A (2014-2020)“ (Umdruck 17/1953).

Gerne stehe ich Ihnen hierzu für Rückfragen zur Verfügung.

Ich werde Sie selbstverständlich auch zukünftig über die weitere Entwicklung der Diskussion über die Ausgestaltung der INTERREG A-Förderung in Schleswig-Holstein nach 2013 auf dem Laufenden halten.

Mit freundlichen Grüßen


Heinz Maurus



22. März 2011

Bericht zur zukünftigen Neugliederung der Förderkulisse für INTERREG V A (2014-2020)

Gemäß dem von der SSW-Fraktion gestellten Antrag zur zukünftigen Neugliederung der Förderkulisse für INTERREG V A (2014-2020) gibt der Ministerpräsident des Landes Schleswig-Holstein, Staatskanzlei, hierzu den folgenden Bericht:

Für Schleswig-Holstein ist die zukünftige Ausgestaltung der Kohäsionspolitik und damit die Beantwortung der Frage, in welchem Umfang das Land auch in Zukunft europäische Fördermittel erhält, von erheblicher Bedeutung. Dies betrifft vor allem den Erhalt der Fördermöglichkeiten aus dem Europäischen Fonds für Regionale Entwicklung (EFRE), aus dem Europäischen Sozialfonds (ESF) und aus dem Europäischen Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung der Ländlichen Räume (ELER).

Dies betrifft aber auch die zukünftige Ausgestaltung der im Rahmen des sog. Ziel 3 (Europäische Territoriale Zusammenarbeit) finanzierten INTERREG-Programme. Dabei steht für das Land insbesondere die Fortführung der deutsch-dänischen INTERREG A-Förderung im Mittelpunkt. Derzeit stehen dafür im INTERREG IV A-Programm „Fehmarnbelt“ 22,9 Mio. € an EU-Mitteln zur Verfügung und für das INTERREG IV A-Programm „Syddanmark-Schleswig-K.E.R.N.“ 44,3 Mio. €. In dem von der Staatskanzlei im August 2010 dem Landtag vorgelegten Bericht zur „Grenzüberschreitenden Kooperation mit Syddanmark“ (Drs. 17/782) wird mit den zahlreichen Hinweisen auf erfolgreiche INTERREG-Projekte die große Bedeutung aufgezeigt, die diesem EU-Förderprogramm für die deutsch-dänische Kooperation zukommt.

1. Sachstand auf EU-Ebene zur Zukunft der INTERREG-Programme nach 2013

Mit der Vorlage des 5. Kohäsionsberichts am 10. November 2010 hat die Europäische Kommission (KOM) die Diskussion um die Ausgestaltung der EU-Kohäsionspolitik nach 2013 offiziell eröffnet. In diesem Dokument werden die Auswirkungen und Ergebnisse

der Kohäsionspolitik während der letzten sieben Jahre (2000-2006) analysiert und zugleich die ersten konkreten inhaltlichen Vorstellungen der KOM für deren zukünftige Ausgestaltung benannt. Auf der Basis der zu diesem Bericht eingehenden Stellungnahmen will die KOM voraussichtlich im Sommer 2011 ihre Vorschläge für die neuen Strukturfonds-Verordnungen vorlegen.

In dem 5. Kohäsionsbericht wird sehr deutlich gemacht, dass die Zusammenarbeit von lokalen und regionalen Akteuren über die Grenzen hinweg für die KOM von wachsender Bedeutung ist. Es wird in der derzeitigen Diskussion daher allgemein davon ausgegangen, dass die derzeit bestehenden drei INTERREG Ausrichtungen (A = grenzübergreifend, B = transnational und C = interregional) auch in Zukunft fortgeführt werden. Dies stößt, wie aktuelle Stellungnahmen (z.B. der Bundesregierung, des Ausschusses der Regionen und des Europäischen Parlaments) zeigen, europaweit auch auf breite Zustimmung.

Derzeit noch völlig offen ist die Frage der Finanzausstattung der nächsten INTERREG-Generation 2014-2020. Für den aktuellen Programmzeitraum 2007-2013 stehen für das Ziel 3 insgesamt ca. 7,750 Mrd. € (2,5 % der gesamten Strukturfondsmittel) zur Verfügung. Davon fließen in die grenzüberschreitende Zusammenarbeit 73,86 % (ca. 5,576 Mrd. €), in die transnationale Zusammenarbeit 20,95 % (ca. 1,581 Mrd. €) und in die interregionale Zusammenarbeit 5,19 % (ca. 0,392 Mrd. €). Die übrigen Mittel dienen der Finanzierung der gesamteuropäischen Netzwerkprogramme INTERACT (Förderung des Austauschs bewährter Praktiken bei der Durchführung von Kooperationsprogrammen), URBACT (Förderung des Erfahrungsaustauschs auf dem Gebiet der Stadtentwicklung) und ESPON (Europäische Raumberechnungsnetzwerke). Erste finanzielle „Hausnummern“ sind voraussichtlich im Sommer 2011 zu erwarten, wenn die KOM den Entwurf für die nächste Finanzielle Vorausschau vorlegt.

2. Sachstand zur Gestaltung der deutsch-dänischen INTERREG A-Programme nach 2013

Die Landesregierung hat ein erhebliches Interesse an der Weiterentwicklung der Kooperation mit Dänemark. Dabei ist es für das Land selbstverständlich, die Entwicklung in beiden deutsch-dänischen Grenzgebieten im Blick zu haben und sich gemeinsam mit allen

relevanten Akteuren frühzeitig in den Diskussionsprozess über die Zukunft der EU-Kohäsionspolitik einzubringen.

a) Strategisches Handlungsfeld „EU-Förderstrukturen und –gebiete“

Die Landesregierung hat daher in ihren im November 2010 vorgestellten konzeptionellen Überlegungen zur deutsch-dänischen Zusammenarbeit für 2010 bis 2020 unter anderem auch das strategische Handlungsfeld „EU-Förderstrukturen und –gebiete“ aufgenommen und dazu folgenden Handlungsansatz vorgeschlagen:

„Schleswig-Holstein setzt sich auf nationaler und europäischer Ebene für die Fortführung der INTERREG A-Förderung (grenzüberschreitende Zusammenarbeit) ein. Die Landesregierung wird in Abstimmung mit den zentralen deutschen und dänischen regionalen Akteuren der jetzigen beiden Fördergebiete bis 2011 eine erste Positionierung für einen Vorschlag für die zukünftige deutsch-dänische Fördergebietskulisse erarbeiten.“

Dabei wird die Frage aufgeworfen, ob auch zukünftig an zwei getrennten INTERREG A-Fördergebieten festgehalten werden soll und kann oder ob stattdessen ein einziges großes INTERREG A-Fördergebiet strategisch sinnvoller wäre.

Aus Sicht der Landesregierung geben insbesondere die nachfolgend dargestellten Punkte Anlass für eine frühzeitige Diskussion dieser Frage:

- Bei den beiden derzeit durchgeführten deutsch-dänischen INTERREG A-Programmen gibt es gewisse Übereinstimmungen hinsichtlich der Programmstrategie und deren inhaltlicher Ausgestaltung. In beiden Programme sind grundsätzlich die gleichen Themen förderfähig, d. h., Projekte, die im Programm „Syddanmark-Schleswig-KERN“ gefördert werden können, können grundsätzlich auch im „Fehmarnbelt“-Programm gefördert werden und umgekehrt. Beide Programme verfügen aber über unterschiedliche Programmstrukturen und in Folge unterschiedlicher Auslegung und Umsetzung der EU-Verordnungen auch über unterschiedliche Antrags- und Förderregularien.

Dies erschwert für Projektakteure die Nutzung der in den EU-Verordnungen ermöglichten Zusammenarbeit über Programmgrenzen hinweg und führt faktisch dazu, dass aus

fachlicher Sicht an sich sinnvolle deutsch-dänische Kooperationen (z. B. im Hochschulbereich) dann nicht realisiert werden können, wenn die Partner nicht im gleichen Programmgebiet ansässig sind.

- Insgesamt ist die Durchführung der beiden INTERREG A-Programme mit hohen Kosten verbunden, die - soweit sie die aus EU-Mitteln bereitgestellte sog. Technische Hilfe überschreiten - auf deutscher Seite von den jeweils beteiligten Kreisen und kreisfreien Städten getragen werden.
- Für beide Grenzregionen ist die sich dynamisch entwickelnde Achse Hamburg-Kopenhagen von großer Bedeutung. Vor dem Hintergrund der Anziehungskraft von Hamburg und Kopenhagen – die mit dem Bau der festen Fehmarnbeltquerung noch weiter steigen wird – liegt die Kooperation mit diesen beiden Metropolen im gemeinsamen politischen und wirtschaftlichen Interesse Schleswig-Holsteins, der Region Syddanmark und der Region Sjaelland. Es ist zu erörtern, wie die INTERREG A-Programme am besten dazu genutzt werden können, um sich zwischen den beiden Metropolen zu positionieren.
- Die Aufstellung der neuen deutsch-dänischen INTERREG A-Förderperiode muss auch die Anforderungen der Europa 2020-Strategie der KOM sowie der neuen EU-Ostseestrategie im Blick behalten. Beide Strategien werden die zentralen übergeordneten Rahmen für die neuen deutsch-dänischen A-Programme bilden und müssen daher auch bei der Diskussion um die zukünftige neue Aufstellung der Programme beachtet werden.
- Im Hinblick auf die europa- und bundesweite Konkurrenz um die neuen INTERREG-Mittel ist festzustellen, dass im europaweiten Vergleich aller INTERREG A-Programme selbst ein gemeinsames deutsch-dänisches Fördergebiet immer noch zu den kleineren Programmen gehören würde. Viele INTERREG A-Programme haben sich bereits zu Beginn der derzeit laufenden Förderperiode strategisch neu aufgestellt und ihre Kooperation auf die Zusammenarbeit in grenzüberschreitenden Großregionen – die sich teilweise über mehr als zwei Mitgliedstaaten erstrecken – ausgedehnt. Ein Schritt in diese Richtung ist mit der Zusammenlegung der beiden Programme „Sønderjylland –

Schleswig“ und „Fyn/K.E.R.N.“ zum größeren Programmgebiet „Syddanmark-Schleswig-K.E.R.N.“ bereits auch in der deutsch-dänischen Zusammenarbeit gegangen worden. Die Landesregierung bewertet die damit bisher gemachten Erfahrungen sehr positiv. Es sind neue Akteure zusammengebracht worden und neue Kooperationsfelder z. B. im Gesundheitsbereich erschlossen worden.

Aus dem derzeit laufenden Konsultationsverfahren zu den konzeptionellen Überlegungen zur Zusammenarbeit mit Dänemark werden insbesondere auch Stellungnahmen zur Frage der zukünftigen Ausgestaltung der Fördergebietskulisse erwartet.

b) Stand der bisher geführten Gespräche

Neben dem derzeit laufenden Konsultationsverfahren zu den konzeptionellen Überlegungen zur Zusammenarbeit mit Dänemark, aus dem insbesondere auch Stellungnahmen zur Frage der zukünftigen Ausgestaltung der Fördergebietskulisse erwartet werden, hat die Landesregierung dieses Thema seit längerem auch in vielen Gesprächen erörtert, u. a.:

- Gespräch des Europastaatssekretärs mit den schleswig-holsteinischen Landräten und Oberbürgermeistern, die an den INTERREG A-Programmen beteiligt sind, am 2. September 2010;
- Gespräch des Europastaatssekretärs mit dem Regionsvorsitzenden der Region Sjaelland, Herrn Steen Bach Nielsen, am 11. Oktober 2010;
- Gespräche des Europastaatssekretärs mit dem Entwicklungsdirektor/ CEO der Region Syddanmark, Herrn Mikkel Hemmingsen, u.a. am 8. November 2010 und 14. Januar 2011;
- Gespräch des Europastaatssekretärs mit dem Generaldirektor der Generaldirektion Regio, Herrn Dirk Ahner, am 2. Dezember 2010;
- Gemeinsames Gespräch des Ministerpräsidenten und des Europastaatssekretärs mit dem Regionsvorsitzenden der Region Syddanmark, Herrn Carl Holst, und dem CEO

der Region Syddanmark, Herrn Mikkel Hemmingsen, am 10. Februar 2011.

Die Ergebnisse dieser Gespräche können wie folgt zusammengefasst werden:

- Die **EU-Kommission** hat erklärt, dass sie in Sachen Ausgestaltung der Fördergebietskulisse keinen Druck auf die Regionen ausüben werde.
- Die **deutschen Landräte und Oberbürgermeister**, die an den beiden INTERREG IV A-Programmen beteiligt sind, haben sich mehrheitlich für ein gemeinsames, großes INTERREG V A-Fördergebiet ausgesprochen, sofern den regionalen Besonderheiten durch die Einrichtung zweier regionaler Subprogramme Rechnung getragen werde.
- Die **Region Sjælland** hat ein gemeinsames INTERREG A-Fördergebiet befürwortet. Die Region Sjælland zeigt großes Interesse an einer Einbeziehung von Mecklenburg-Vorpommern sowie an einer Zusammenarbeit mit dem INTERREG A-Öresundprogramm.
- Die **Region Syddanmark** hatte sich bis Ende letzten Jahres offen gezeigt für ein großes INTERREG A-Gebiet. So hat der Regionsvorsitzende Carl Holst in einem Namensartikel in Flensburg Avis vom 20. September 2010 davon gesprochen, dass nur mit einer gemeinsamen INTERREG-Region die Kräfte gebündelt werden können, um sich „ mit Hamburg und Kopenhagen/Malmö zu messen und zu einer attraktiven Region zwischen den beiden Metropolen zu werden“. Als Felder der Zusammenarbeit zwischen der Jütlandachse und der Fehmarnroute wurden dabei Klima, Energie und Gesundheit genannt.

Die Region Syddanmark ist mittlerweile von dieser Position abgerückt und sieht stattdessen die Gefahr, dass mit einem großen Fördergebiet (EU)-Mittel von der Jütland-Route in die Fehmarnbeltregion fließen könnten. Sie spricht sich derzeit daher gegen ein großes INTERREG A-Fördergebiet aus.

3. Bewertung

Die Landesregierung hält es für erforderlich, gemeinsam mit den Akteuren aus beiden deutschen-dänischen Grenzgebieten zu erörtern, welches die optimale Lösung für die Aufstellung der neuen Programme ist.

- Wie kann sichergestellt werden, dass so viele EU-Mittel wie möglich für die deutsch-dänische Zusammenarbeit zur Verfügung stehen?
- Wie kann sichergestellt werden, dass INTERREG sich weiterentwickelt und wir damit nachhaltige Projekte mit der höchstmöglichen Schubkraft auf den Weg bringen?
- Wie kann dazu beigetragen werden, dass die Durchführungskosten reduziert werden?

Dabei ist es das ausdrückliche Ziel der Landesregierung, **ergebnisoffen** mit den relevanten deutschen und dänischen Akteuren zu diskutieren, d. h.:

- Sollte diese Diskussion zu dem Ergebnis kommen, dass eine kleingegliederte Struktur die optimale Aufstellung ist, dann wird die Landesregierung das nicht in Frage stellen.
- Sollte die Diskussion zu dem Ergebnis kommen, dass eine größere Struktur die optimale Aufstellung ist, dann wird die Landesregierung das unterstützen.

Aus Sicht der Landesregierung sollte auch die Möglichkeit der Einrichtung eines gemeinsamen INTERREG A-Programms mit zwei regionalen Subprogrammen erörtert werden. Durch die Einrichtung von Subprogrammen könnten der Erhalt regionaler Budgets und die Schaffung eines Budgets für gemeinsame Projekte unter einen Hut gebracht werden. Damit könnte sichergestellt werden, dass es zu keinem ungewollten Mittelabzug kommt.

Als Beispiel für ein derartiges Programm könnte das derzeitige INTERREG IV A-Programm „Öresund-Kattegat-Skagerrak“ dienen.¹ Dieses Programm (insg. 223 Mio. €; davon 111 Mio. € an EFRE-Mitteln) besteht aus zwei regionalen Subprogrammen – eines für die Region Kattegat/Skagerrak, ein weiteres für die Öresundregion. Dazu kommt ein

¹ Ein weiteres Beispiel wäre auch das INTERREG IV A Programm „2 Seas“, an dem Regionen aus Frankreich, England, Flandern und den Niederlanden beteiligt sind.

Budget für die Durchführung gemeinsamer Projekte. Es gibt einen gemeinsamen Begleitausschuss für das Gesamtprogramm und jeweils einen Ausschuss für die beiden Subprogramme (die über die Genehmigung der jeweiligen regionalen Anträge entscheiden). Die gemeinsame Verwaltungsbehörde sitzt in Malmö. Es gibt zwei INTERREG-Sekretariate – eines in Kopenhagen für die Öresundregion und eines in Kungsbacka südlich von Göteborg für die Region Kattegat/Skagerrak.

Abschließend ist darauf hinzuweisen, dass die Landesregierung mit ihren konzeptionellen Überlegungen zur deutsch-dänischen Zusammenarbeit für 2010 bis 2020 ihre strategischen Vorstellungen zur Zusammenarbeit auf der Jütlandroute und der Fehmarnbeltroute zur Diskussion gestellt hat. Mit den darin vorgeschlagenen Handlungsfeldern werden die Felder definiert, die aus Sicht des Landes besonderes Potenzial für eine Zusammenarbeit beider deutsch-dänischer Grenzregionen bieten und damit auch für die Weiterentwicklung der deutsch-dänischen INTERREG-Förderung. Anzumerken ist, dass hierbei eine hohe Übereinstimmung mit den im Rahmen des INTERREG A-Projekts „Wachstumszentrum“ vorgestellten Entwicklungslinien für die INTERREG-Region „Syddanmark-Schleswig-K.E.R.N.“ besteht.

4. Weiteres Vorgehen

Aus Sicht der Landesregierung sollte die Diskussion über die grundsätzliche strategische Richtung der Aufstellung der neuen deutsch-dänischen INTERREG A-Förderperiode bis Ende Sommer 2011 abgeschlossen sein. Auf der Grundlage der dann getroffenen Entscheidung könnte das weitere Lobbying für die gemeinsamen Interessen gezielt erfolgen. Es ist zu erwarten, dass sich mit der Vorlage der ersten Verordnungsentwürfe und der neuen Finanziellen Vorausschau (von der KOM für Sommer 2011 geplant) die Diskussion sowohl auf europäischer als auch auf nationaler Ebene konkretisieren und noch weiter intensivieren wird.